



| VB 07
FB Sozialpolitik

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Sozialstaat in der Insolvenz? Gewerkschaftliche Perspektiven nach der Bundestagswahl!

Tagung der IG Metall am 26. November 2009 in Frankfurt am Main



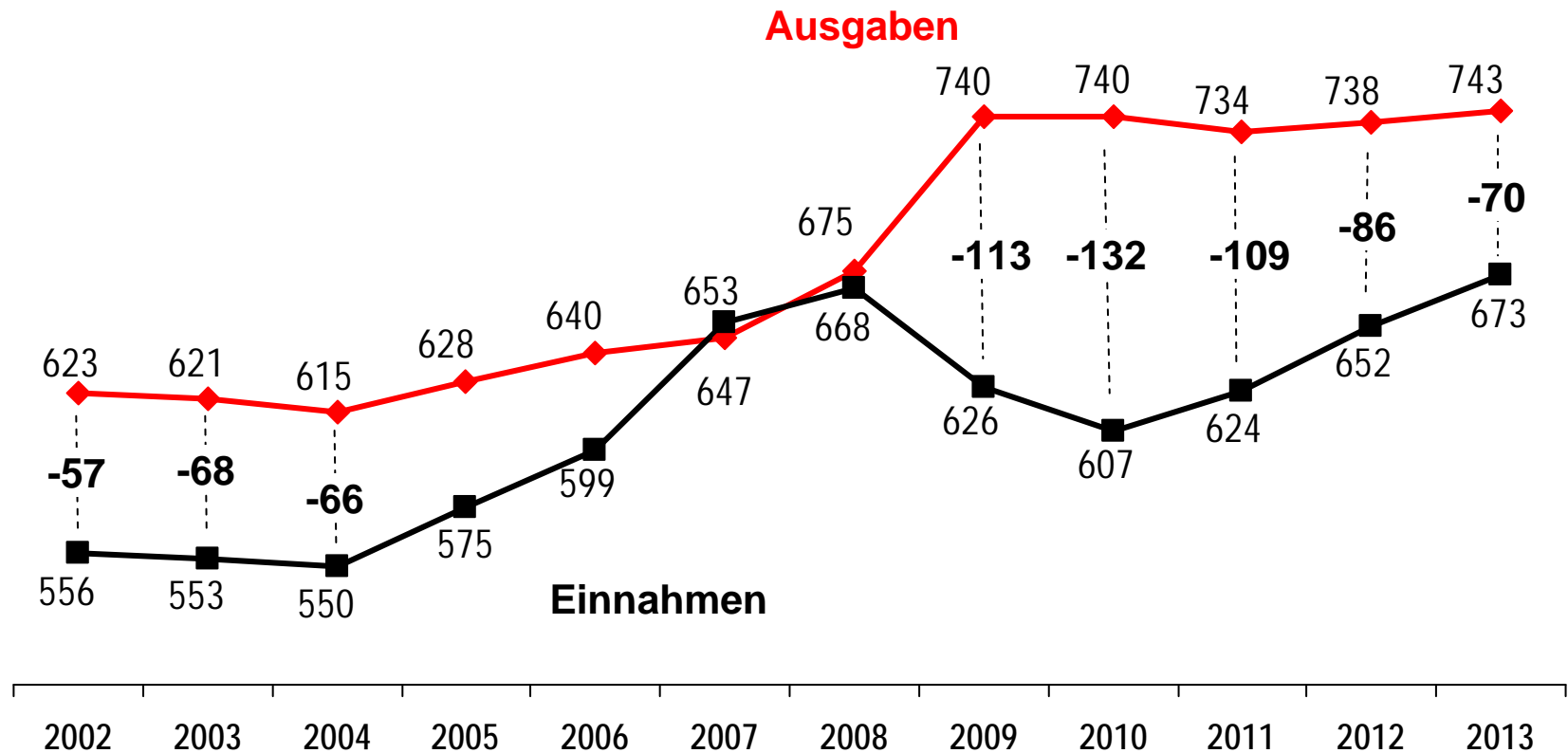
1. Sozialstaat vor der Insolvenz: Die leeren Kassen - und die Gründe
2. Absichtserklärungen und Andeutungen: die Sozialpolitik der neuen Bundesregierung
3. Abbruch oder Neubau: Sozialstaat in der „großen Krise“
4. Mehr als Insolvenzschutz: Eckpunkte einer sozialstaatlichen Reform-Alternative

Ein Minus von über 500 Milliarden Euro bis 2013



| VB 07

Einnahmen und Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in Milliarden Euro



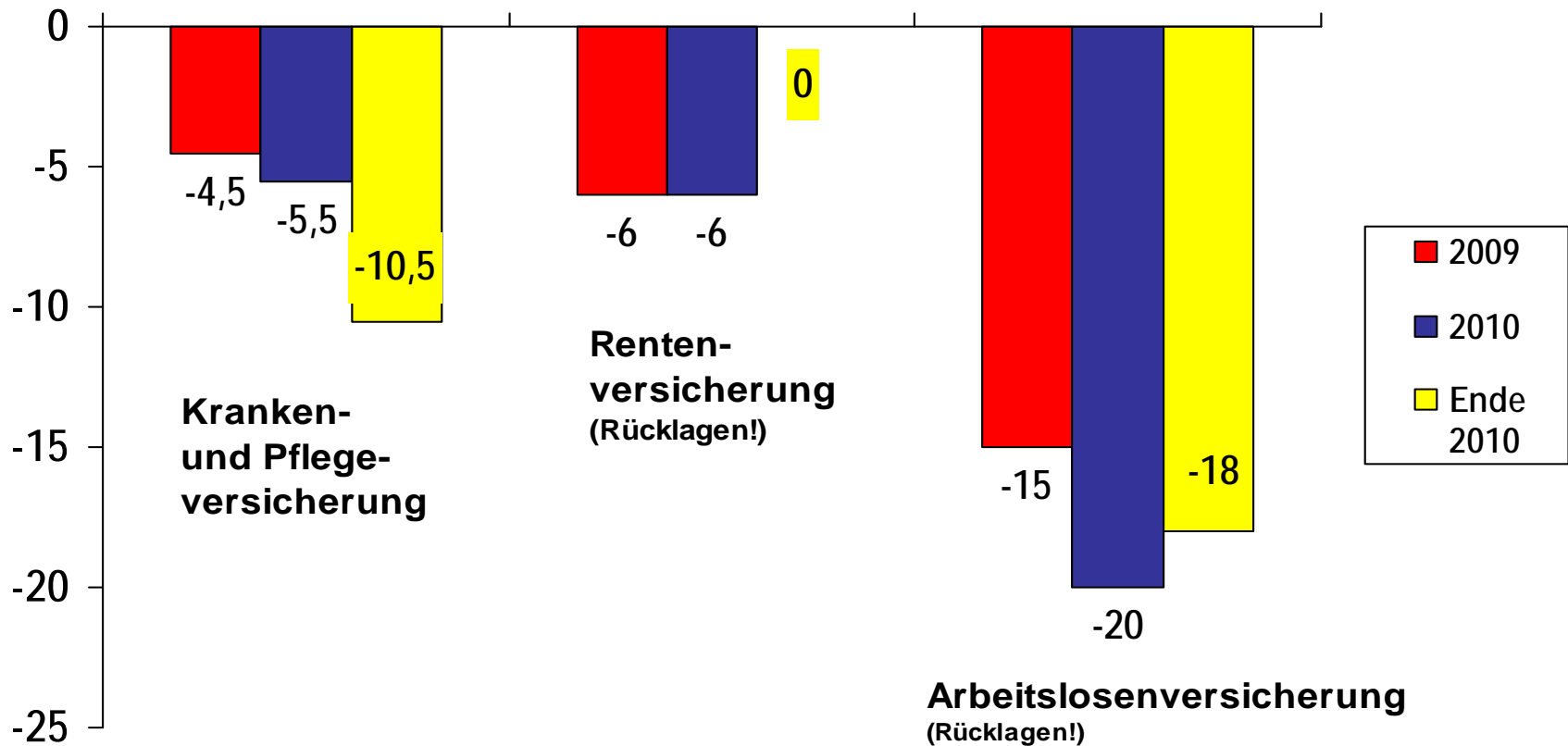
Quelle. Bundesministerium der Finanzen August 2009, Ver.di Bundesvorstand

Krise belastet Sozialversicherungen Knapp 30 Mrd. Defizit Ende 2010



| VB 07

Defizite in den Sozialversicherungszweigen in Mrd. Euro (RWI)



Quelle: Rheinisch-Westf. Institut für Wirtschaftsforschung
lt. SPIEGEL vom 01.08.2009 sowie weitere Angaben des RWI



„Die Wirtschaft wird ihren Beitrag zum Schuldenabbau leisten. Aber die Regierung muss an die großen Positionen ran: beispielsweise an die Sozialsysteme. (...) Ich bin überzeugt, dass wir dort auf gewaltige Einsparpotentiale stoßen.“

BDI-Präsident Peter Keitel zitiert nach DIE WELT vom 1.11.2009

Sozialabbau mit Ansage?

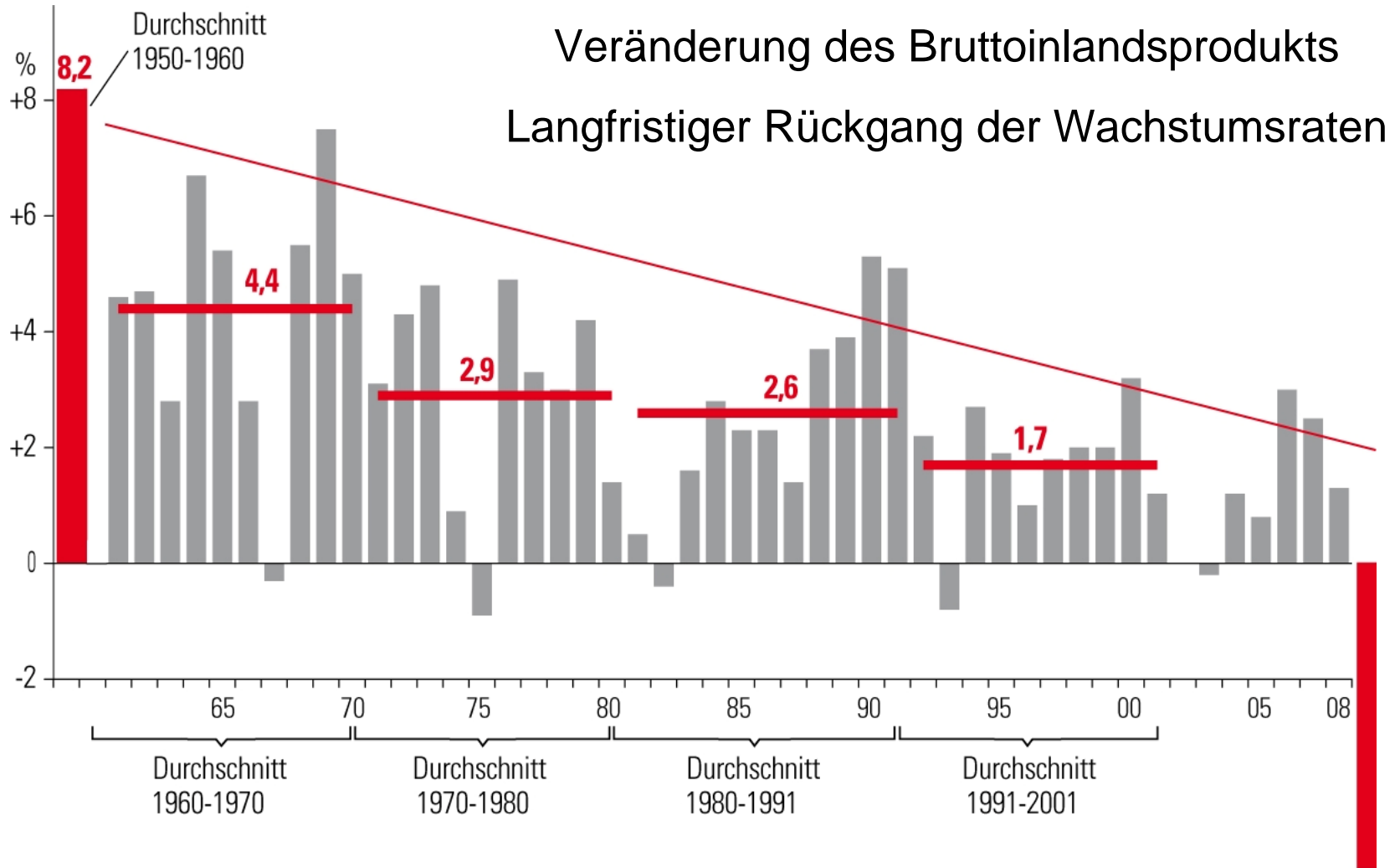
„Die Wahrheit lautet in einem einzigen Satz zusammengefasst: Die Probleme werden erst noch größer, bevor es wieder besser werden kann. Das ist die Lage. Ich kann und will sie uns nicht ersparen.“

**Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel
in der Regierungserklärung vom
10. November 2009**





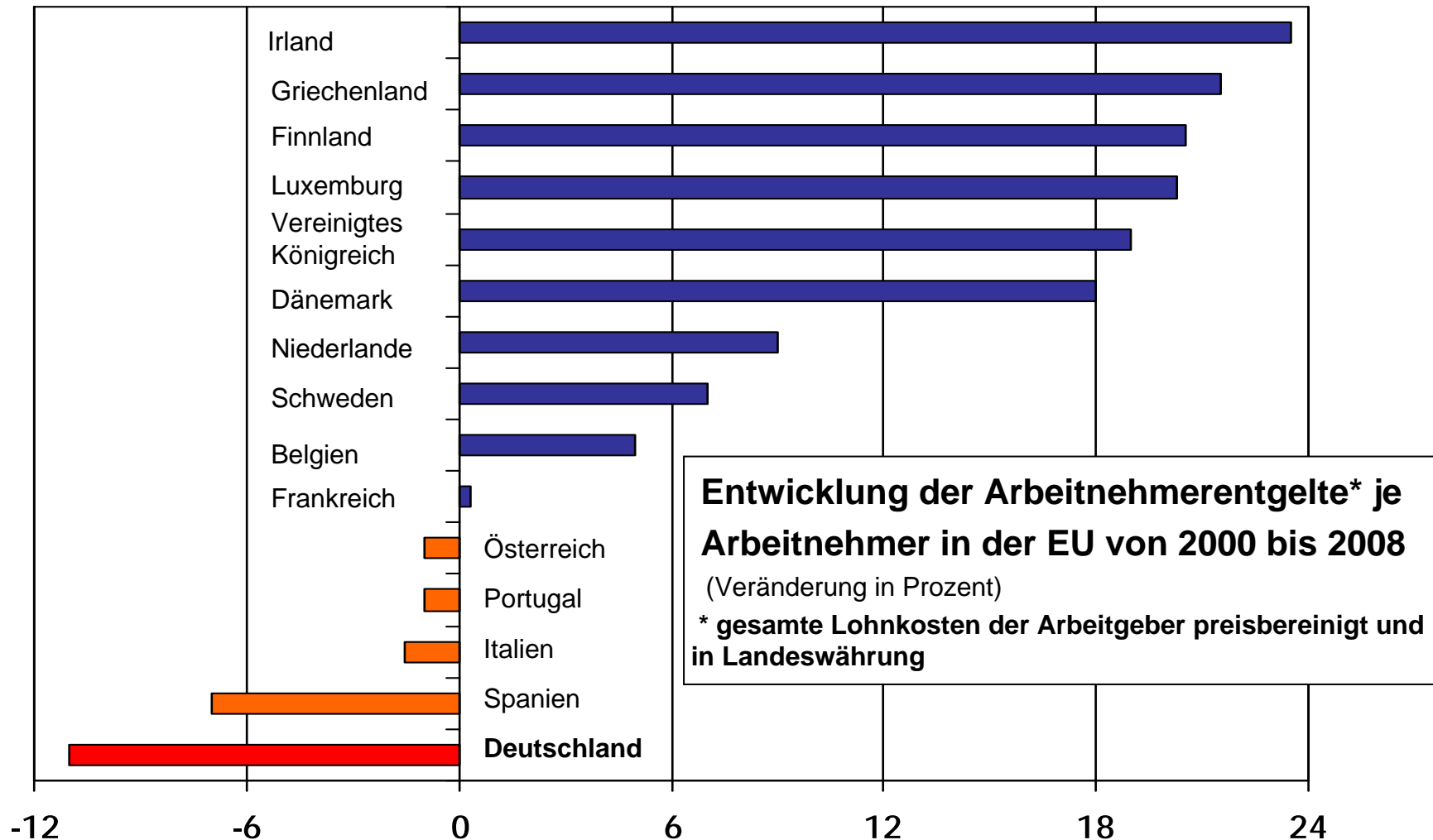
- ➔ Die **Kosten der großen Krise** des Finanzmarkt-Kapitalismus
- ➔ **Verteilungspolitische Schieflage** – zulasten der abhängig Beschäftigten
- ➔ Die **Krise des Arbeitsmarktes** und Erosion der „Normalarbeit“
- ➔ Die **Entlastung der Wirtschaft** aus der Finanzierung des Sozialstaates – und die Anschub-Kosten der Privatisierung
- ➔ Die Kosten der **Deregulierung** des Arbeitsmarktes und der **Privatisierung** des Sozialschutzes



Deutschland – Spitzenreiter bei der Senkung der Lohnkosten

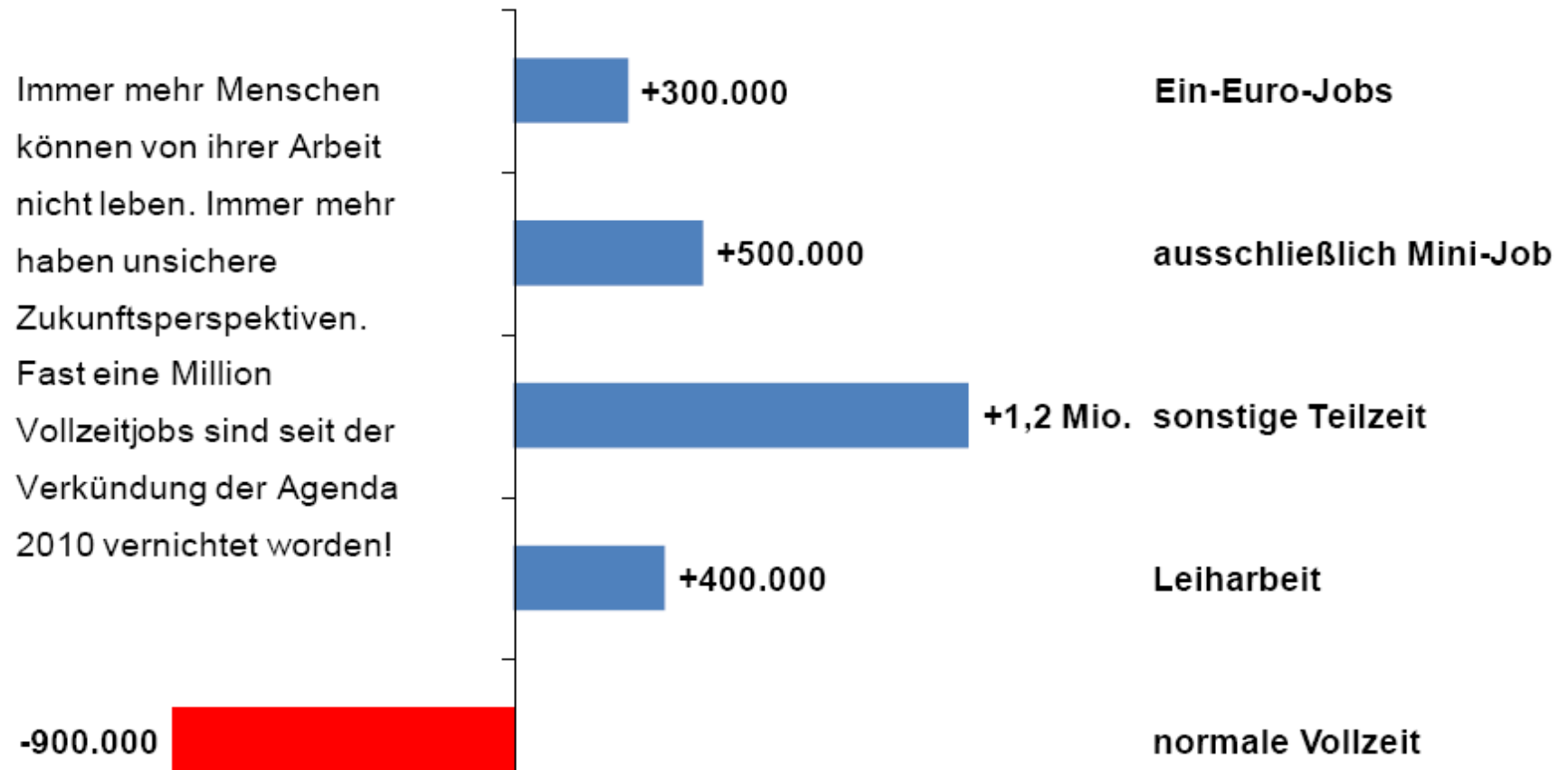


| VB 07



Quellen: Eurostat; Berechnung des DIW Berlin, eigene Berechnungen

Veränderung der Erwerbstätigenzahlen von 2003 bis 2008



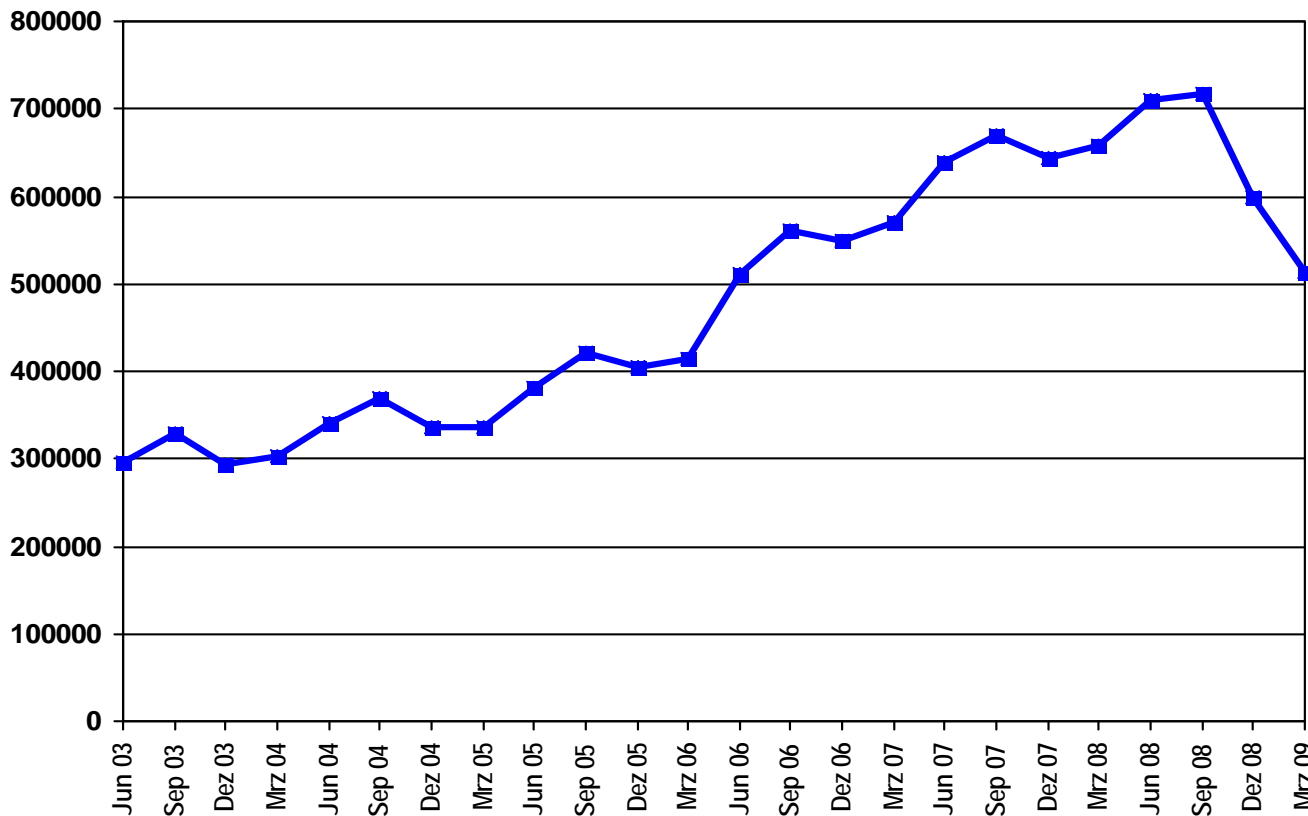
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, eigene Berechnungen und Schätzungen

Mehr Beschäftigung – mehr „Bad-Jobs“



| VB 07

Entwicklung sozialversicherungspflichtiger Leiharbeit von Juni 2003 – März 2009



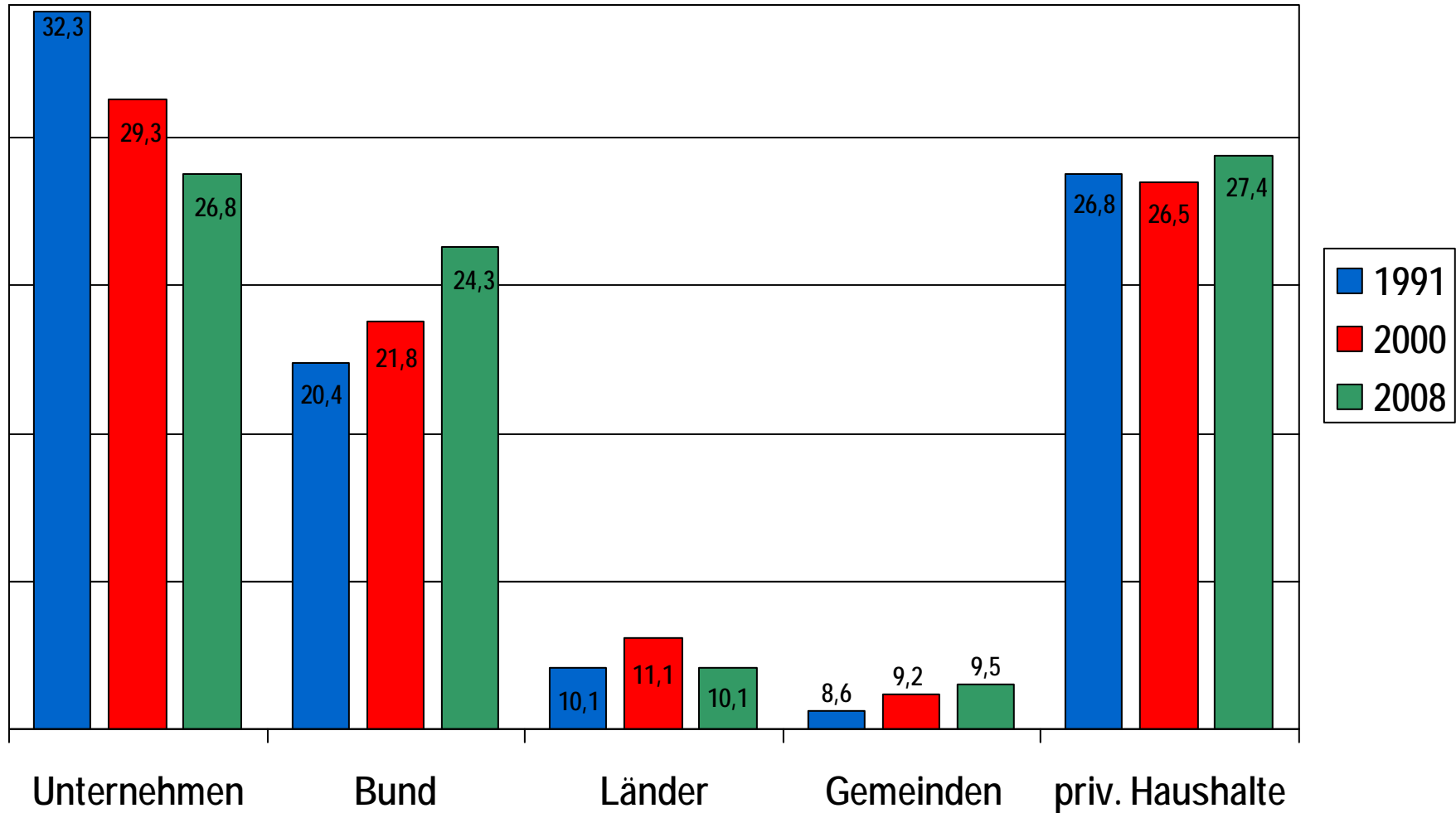
Quelle: Bundesagentur für Arbeit und DGB Bundesvorstand, eigene Darstellung

Entlastung der Unternehmen – Belastung von Bund, Gemeinden und privaten Haushalten

- Anteile am Sozialbudget in v.H. -



| VB 07



Quelle: Sachverständigenrat – Jahresgutachten 2009/10



„(...) wissenschaftliche Politikberater (müssen) in der Lage sein, zusammen mit dem verantwortlichen Minister ein Reformkonzept situationsspezifisch zu ‚portionieren‘ d.h. ‚große Lösungen‘ um den Preis der Mehrheitsfindung in sinnvolle Teilprojekte aufzuspalten. Dies allerdings nach Möglichkeit ohne dabei den Fixstern der als optimal angesehenen Lösung aus den Augen zu verlieren.“

Beispiel: Eines der *großen Reformprojekte* der Regierung Schröder war die *Kombination aus einem Teilausstieg aus dem Umlageverfahren* und einem *möglichst flächendeckenden Ausbau der kapitalgedeckten privaten oder betrieblichen Renten*. Die dazu erforderlichen Reformelemente hätten *nie in einem großen Wurf* umgesetzt werden können, sondern konnten eben nur schrittweise implementiert werden: ...



...

- **Altersvermögensergänzungsgesetz (2001):** Aufgabe eines garantierten Rentenniveaus zugunsten eines Mindestsicherungsniveaus und von Beitragssatzobergrenzen, damit Paradigmenwechsel von ausgabenorientierter Einnahmenpolitik hin zu einnahmeorientierter Ausgabenpolitik.
- **Altersvermögensgesetz (2001):** generöse Förderung der privaten und betrieblichen Zusatzversorgung, die sogenannten Riester- und Eichelrenten.
- **Alterseinkünftegesetz (2003):** Übergang zur nachgelagerten Besteuerung aller Altersvorsorgeaufwendungen.
- **RV-Nachhaltigkeitsgesetz (2004):** Einführung eines die Beitragssatzobergrenzen gewährleistenden Nachhaltigkeitsfaktors in die Rentenanpassungsformel.
- **Altersgrenzenanpassungsgesetz (2007):** Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre.“

B. Rürup (2009): Vom Elend der wissenschaftlichen Politikberatung, in: Sozialer Fortschritt 8: 179.



1. Sozialstaat vor der Insolvenz: Die leeren Kassen - und die Gründe
2. Absichtserklärungen und Andeutungen: die Sozialpolitik der neuen Bundesregierung
3. Abbruch oder Neubau: Sozialstaat in der „großen Krise“
4. Mehr als Insolvenzschutz: Eckpunkte einer sozialstaatlichen Reform-Alternative

Ein Sammelsurium aus Verschiebungen und Zumutungen:

- ➔ ... er setzt in vielen Politikfeldern auf ein „**Weiter so**“ (z. B. Rente: Keine Vorschläge für die Probleme Altersarmut, Lebensstandardsicherung und „Rente mit 67“)
- ➔ ... er **verschiebt Entscheidungen** und lässt zentrale Fragen offen (z.B. durch generellen Finanzierungs-Vorbehalt und Bildung von Kommissionen)
- ➔ ... er läutet aber in anderen sozialstaatlichen Bereichen den **Systemwechsel** zulasten der Lohnabhängigen ein (z.B. Gesundheit: Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge, Einstieg in Kopfpauschale, umfassende Wettbewerbsorientierung)



„Der Koalitionsvertrag ist ein guter Kompass für die nächsten Jahre und stellt die Weichen für Wachstum und für Strukturveränderungen im Sozialversicherungs- und Steuersystem.

Endlich werden einige der drängenden Finanzierungsprobleme in der Sozialversicherung angegangen. (...)

Der Koalitionsvertrag enthält richtungsweisende Entscheidungen, um die Höhe der Personalzusatzkosten zu begrenzen und die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen. Richtig ist vor allem der geplante Einstieg in die Entkopplung der Gesundheits- und Pflegekosten vom Arbeitsverhältnis.“

BDA, Bewertung des Koalitionsvertrages, Oktober 2009, S. 2 u. 12

Kein Anlass zur Entwarnung – der KV

- ➔ ... läutet neue **Systemwechsel** ein – oder setzt eingeleitete Systembrüche und Paradigmenwechsel der alten Regierung fort
- ➔ ... setzt auf eine Strategie der „**politischen Unterlassungen**“, also eine Politik der **Verweigerung einer aktiven Krisenbekämpfung** gegenüber der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise
- ➔ ... die Politik der Systemwechsel und der „politischen Unterlassungen“ steuert die Gesellschaft in einen „großen **Verteilungs-Konflikt**“



1. Sozialstaat vor der Insolvenz: Die leeren Kassen - und die Gründe
2. Absichtserklärungen und Andeutungen: die Sozialpolitik der neuen Bundesregierung
3. **Abbruch oder Neubau: Sozialstaat in der „großen Krise“**
4. Mehr als Insolvenzschutz: Eckpunkte einer sozialstaatlichen Reform-Alternative

➔ **Einerseits: Bedeutungs- und Ansehenszuwachs der Sozialversicherung**

- als „automatische Stabilisatoren“ der wirtschaftlichen Entwicklung
- als „kleines arbeitsmarktpolitisches Wunder“ (Der Spiegel)
- als Systeme einer nachhaltigen Finanzierung („Umlageverfahren“)
- als „Orte der sozialen Sicherheit in unsicheren Zeiten“

➔ **Aber auch: Mehr Anerkennungs- und Finanzprobleme durch**

- Finanzprobleme in der GKV und der BA infolge der Arbeitsmarkt- (Beschäftigung und Einkommen) und Finanzmarktentwicklung
- Kostenprobleme in der bAV durch die Zunahme der Insolvenzen
- Allgemeine Akzeptanzprobleme wegen öffentlicher Haushaltsdesaster
- Der „stille Verschleiß“ des Arbeitsvermögens der Menschen

Maßnahmen von Betrieben, die sich von der Krise betroffen fühlen



| VB 07

- in Prozent -	Entlassung von Mitarbeitern	Kürzung von Entgelt (bei Kurzarbeit, AZV usw.)	Einstellungsstopp	Kostensenkung durch Umstrukturierung
Wirtschaft - insgesamt -	11	37	83	56
Metall, Metallerzeugnisse	21	80	87	61
Maschinen, Elektrotechnik, Fahrzeuge	14	70	91	52

Quelle: IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots II. Quartal 2009; IAB Kurzbericht 18/2009



Health in Restructuring

*Europäische Expertengruppe (2008):
Empfehlungen für die EU-Kommission zu
Gesundheitseffekten von Restrukturierung*

➔ Empfehlungen für Gewerkschaften

- „Die Gewerkschaften sollten Restrukturierungen als ein Risikopotential für die Gesundheit der Beschäftigten identifizieren.“
- „In der momentanen Wirtschaftskrise könnten die potentiellen Auswirkungen von Restrukturierung auf die Gesundheit sogar Ausmaße einer Pandemie annehmen.“
- Deshalb Fokussierung auf Gesundheit

➔ Externalisierung der Erkrankungskosten

- „Das ‚Outsourcen‘ der Verantwortung für die gesundheitlichen Folgen von Restrukturierung aus den Unternehmen heraus, hat nicht nur negative finanzielle Konsequenzen für staatliche Haushalte. Dies schafft auch Hürden für weitergehende präventive Maßnahmen ...“



1. Sozialstaat vor der Insolvenz: Die leeren Kassen - und die Gründe
2. Absichtserklärungen und Andeutungen: die Sozialpolitik der neuen Bundesregierung
3. Abbruch oder Neubau: Sozialstaat in der „großen Krise“
4. Mehr als Insolvenzschutz: Eckpunkte einer sozialstaatlichen Reform-Alternative



„(...) Das einzige, was zugunsten Europas funktioniert, ist gerade das, wofür Europa am meisten Kritik einstecken muss – die Größe und Großzügigkeit seiner Wohlfahrtsstaaten, die den wirtschaftlichen Einbruch dämpfen.“

Paul Krugman, A continent adrift, in: The New York Times, March 16, 2009.



„Es besteht durchgängig Einigkeit, dass die Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren nicht beschränkt werden sollte und die damit einhergehenden konjunkturellen Finanzierungssalden hinzunehmen sind“ (Ziffer 413)

„(...) Je höher die Staatsquote, je großzügiger die Sozialtransfers und je progressiver das Steuersystem, desto geringer fallen tendenziell die Konjunkturschwankungen aus. Umgekehrt führen Reformen, die auf eine Zurückdrängung der Staatstätigkeit, einen schlankeren Sozialstaat und eine weniger progressive Einkommensteuer zielen, zu geringeren automatischen Stabilisierungswirkungen. (...)“ (Ziffer 414)

**SVR (2008): Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken.
Gutachten 2008/2009.(o.O.)**



Der Sozialstaat ist mehr wert als er kostet!

- ➔ ... er wirkt als **automatischer Stabilisator** der konjunkturellen Entwicklung
- ➔ ... er besitzt einen „**gesellschaftlichen Zusatznutzen**“ zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandels
- ➔ ... er eröffnet **Handlungs- und Freiheitsräume** („Autonomiegewinne“) für den Einzelnen



- ➔ **Universalisierung** von Beitragspflicht und Versicherungsschutz
- ➔ Neue Aussteuerung von **Bedarfs- und Versicherungssystem**
- ➔ Sachgerechter **Finanzierungs-Mix** aus Steuern und Beiträgen
- ➔ **Finanzierung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit** – innerhalb der Klasse und zwischen Kapital und Arbeit
- ➔ Ein neues Gleichgewicht von **Geld- und sozialen Dienstleistungen**



1. Keine Entlassungen in der Krise – auch nach der Kurzarbeit!

Beschäftigungssicherung durch Industriepolitik: „öffentlicher Beteiligungsfonds“ - „Zwangsanleihe“ – öffentliche Auflagen!

2. Arbeitsinteressen umfassend schützen:

Verteidigung von Arbeitsplätzen, Einkommen und (!) Arbeitsstandards!

3. „Wir wollen mehr Wirtschaftsdemokratie wagen“:

Mehr Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie statt Shareholder-Value-Dogma und privatem Vermögensschutz!

4. Die Finanzmärkte ins Schlepptau der Politik nehmen!

Kontrolle, Regulierung und Umorientierung des Finanzsektors!

5. Tarifbewegung 2010

Offensive Verteilungspolitik für Beschäftigung, Übernahme und Entgelt!



Den Konflikt um den Sozialstaat des 21. Jahrhunderts annehmen!

Gemeinsam für ein gutes Leben !!!



| VB 07

